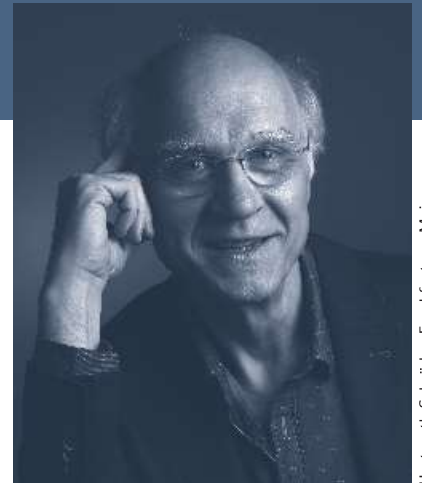




# „Ziel ist eine Ausgrenzung nach innen wie nach außen.“

Rechte Identitätspolitik und ihre Motive

„Identitätspolitik“ – eine Gruppierung schwarzer lesbischer Frauen in den USA benutzt Ende der 1970er Jahre erstmals diesen Begriff. Die gemeinsam von Diskriminierung Betroffenen vereinigten sich für eine Politik der Anerkennung und Gleichberechtigung. In den vergangenen Jahren taucht dieser Begriff immer häufiger zur Beschreibung der politischen Mobilisierung extrem-rechter Gruppierungen auf: Sie erschaffen sich ein homogenes Volk mit Hilfe kollektiver Identitäten derer, die „dazu gehören“. Sie arbeiten dabei mit Zuordnung auf der einen und Ausgrenzung auf der anderen Seite. Damit entlasten sie ihre Anhänger von der modernen Zumutung, als Individuen die eigene Identität selbst schaffen zu müssen, und versprechen, die überkommenden Privilegien derer zu sichern, die „ganz normal“ sind.



Hartmuth Schröder, Frankfurt am Main

Matthias Möhring-Hesse

**Amosinternational:** Herr Möhring-Hesse, im Moment hört man in identitätspolitischen Diskursen oft den Ausdruck „nationale Identitäten“. Was ist darunter zu verstehen?

**Möhring-Hesse:** Was es zurzeit gibt, ist eine Form (extrem-)rechter Mobilisierung, die identitätspolitisch ansetzt. Eine Variante dessen läuft über „nationale Identität“. Mobilisiert wird durch die Konstruktion kollektiver Identitäten, die sich an eingespielte Vorstellungen einer – vermeintlich allem Politischen vorgegebenen – Nation anhängen. Wobei nicht alle dieser rechten Identitätspolitiken im engeren Sinn wirklich national ausgerichtet sind.

Viele von ihnen zielen auf ein homogenes Volk. „Nation“ benutzen die nur, wenn das irgendwie sinnvoll ist oder insofern sich da eine gewisse Realität für das herleiten lässt, was man mit dem homogenen „einen Volk“ meint. Aber das Völkische ist wichtiger als das Nationale.

Dann gibt es auch rechtsextreme Milieus, in denen die Kollektivität ganz anders erzeugt wird, nämlich über „Rasse“ oder ähnliche Konstruktionen. Allerdings ist die Unterscheidung zwischen Volk, Nation, Rasse, die ich vornehme, eher analytisch gemeint. Im konkreten Fall sind da viele Überschneidungen und Ungenauigkeiten.

**Amosinternational:** Aber was passiert genau, wenn man die Mobilisierung über „nationale Identität“ geht?

**Möhring-Hesse:** Dann werden die Adressaten einer solchen Mobilisierung auf eine Identität angesprochen, die sie *haben* und die, so die Unterstellung, der politischen Ansprache vorausliegt. Und zugleich wird die Identität, die man da voraussetzt, kollektiviert. Die Identität der Angesprochenen wird über die Zugehörigkeit zu einer Nation mit der Identität aller anderen, die gleichermaßen zugehörig sind, gleichgemacht. Die Menschen mit der gleichen Identität werden so in ein Kollektiv einsortiert. Menschen, denen dagegen eine ande-



re Identität zugesprochen wird, werden „aussortiert“.

Diese angesprochene kollektive Identität ist hochfiktiv. Sie ist das Ergebnis von Homogenisierung einerseits und von Ein- und Aussonderung andererseits. Der Trick ist, dieser hohen Konstruktivität ein wenig mehr Realität zu verschaffen, indem man auf ein eingespieltes Narrativ aufsetzt: das der Nation. So kann man die Geschichte einer Nation in Anspruch nehmen oder die Staatsbürgerschaft eines Nationalstaates. Ziel rechter Identitätspolitik ist es, unsichtbar und vergessen zu machen, dass die kollektive Identität konstruiert und dass das darüber laufende Kollektiv fiktiv ist.

**Amosinternational:** Und die Angesprochenen gehen diesem Täuschungsmanöver so einfach auf den Leim?

**Möhring-Hesse:** Nein. Ich glaube nicht, dass die Angesprochenen Opfer einer Täuschung sind. In der rechten Mobilisierung werden die Leute über die Zugehörigkeit zu dem *einen homogenen Volk* angesprochen. Ihnen wird das Angebot gemacht, sich selber dazugehörig zu machen und zugleich andere auszuschließen. So wollen, seien wir doch ehrlich, Leute angesprochen werden. Hier geht niemand irgendwem auf den Leim.

Das Nationale steht dabei nicht im Vordergrund. Es ist bloß eine Form, diese Ansprache in ein eingespieltes Narrativ einzuschreiben, das Ungeheuerliche daran ein wenig wegzunehmen, nach dem Motto: Die Nation *gibt* es doch. Ein eingespieltes Narrativ wird zitiert und benutzt, um die Ungeheuerlichkeit der Homogenisierung und damit verbundenen Ausschließung anderer zu adeln.

**Amosinternational:** Seit wann gibt es Identitätspolitik überhaupt und seit wann kann man davon sprechen? Ist es richtig, dass Identitätspolitik historisch als Gegenmodell zum liberalen Universalismus der Aufklärung entstanden ist?

## Die Identitätspolitik über ein „Nationales Volk“ ist eine antimoderne Veranstaltung

**Möhring-Hesse:** Es kommt darauf an, wie man den Begriff versteht. Als politischer Konzeptbegriff entsteht er Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts in den USA: Eine Bewegung schwarzer und lesbischer Frauen, das Combahee River Collective, gebraucht das Wort Identitätspolitik zur Konzeption ihrer eigenen politischen Mobilisierung. Als Konzeptbegriff taucht Identitätspolitik also erst Ende des vergangenen Jahrhunderts auf.

Nimmt man den Begriff hingegen analytisch, dann kann man zeitlich weiter zurückgehen. Dann lassen sich damit die antiliberalen Politiken im 18. Jahrhundert, die konservative Reaktion auf den Universalismus der Aufklärung bezeichnen. Diese erzeugen kollektive Identitäten im Volk und versuchen, sich gegen die Zersplitterung des liberalen Individualismus zu stemmen und die zerstörte Ordnung der „guten alten Zeiten“ wiederherzustellen. Diese Motivlage richtet sich gegen die Moderne und gegen die Aufklärung, in deren Folge Identität zu einem individuellen Konzept und in den Gegensatz zur sozialen Zugehörigkeit gesetzt wurde.

Daraus kann man zumindest lernen, dass rechte Identitätspolitiken *unmodern* sind. In modernen Gesellschaften werden die Menschen zu Trägern von Identität gemacht, zu Subjekten ihrer eigenen Biografie. Das ist die Erfindung moderner Gesellschaften: Durch die Ausdifferenzierung von Gesellschaften werden die Menschen gezwungen, ihre eigene Identität selber zu schaffen und durchzuhalten. Moderne Gesellschaften bestehen nicht als ein Ganzes, sondern nur als ein Zusammenhang von Bereichen, in denen die einzelnen Menschen immer nur teilweise integriert sind. Das nennt man dann später „Rollen“. In diesen Gesellschaften müssen sich die einzelnen sel-

ber als ein Ganzes, als ein Individuum, erschaffen und sich eine Identität geben. Darin sind sie nicht frei, sondern sie werden dazu gezwungen. Spätestens daran merkt man, dass Identität immer sozial geprägt und keine solistische Veranstaltung ist. Identität ist eine Zumutung! Man muss sie schaffen und man muss sie – gegen alle Widrigkeiten – durchhalten. In diesem Zwang zur Identität steckt immer auch eine Entgegensetzung von Identität und Sozialität: Einzelne gewinnen ihre Identität nicht darin, dass sie gesellschaftliche Bestimmungen oder soziale Zugehörigkeiten bedienen. Wir verpflichten uns wechselseitig, authentisch zu sein, was bedeutet: der zu sein, der ich bin. Was aber auch heißt: nicht der zu sein, der bloß das ist, was man von ihm erwartet.

Diese Entgegensetzung von Identität und Sozialität wird in den rechten Identitätspolitiken zugleich bedient und umgangen. Umgangen, weil die Entgegensetzung aufgehoben wird. Gesunde Identität ist dann immer eine kollektive, wenn du einigermaßen „normal“ bist, wenn du „gesund“ bist, wenn du nicht „elitär“ bist, wenn du dazugehörst, wenn du den „gesunden Menschenverstand“ hast, dann bist du wer. Zugleich wird die Entgegensetzung aber auch bedient, nämlich bei der Abweichung untergebracht; das sind die „Volksverräter“, die „Eliten“. Das sind diejenigen, die ihre Identität aufgeben und damit allen anderen „schaden“. Die moderne Entgegensetzung von Identität und Sozialität wird zur Abwehr derer genutzt, die der ihnen vorgegebenen, ihrer eigentlichen, ihrer „gesunden Identität“ widersprechen. Wir sehen: Zwar ist die Identitätspolitik über ein „Nationales Volk“ eine antimoderne Veranstaltung. Aber sie nutzt zugleich die moderne Entgegensetzung von Identität und Sozialität, um denen, die nicht dazugehören oder die das Volk verraten die ganze Wucht dieser Entgegensetzung entgegen zu schleudern.



**Amosinternational:** Die Vertreter rechter Identitätspolitikern sehen sich also als kleines auserwähltes Volk an?

**Möhring-Hesse:** In den rechten Identitätspolitikern geht es eher darum, eine Mehrheit zu konstruieren, die durch Minderheiten bedroht wird: von außen, durch die Fremden und Anderen, und von innen, durch die, die nicht mehr den „gesunden Menschenverstand“ aufbringen, die nicht mehr „gesund“ oder „normal“ denken oder leben. Das sind dann die Eliten, auch die Bischöfe, die „Volksverräter“ und allen voran Angela Merkel. Es ist die *Konstruktion einer Mehrheit!*

Die Führer in solchen Bewegungen sehen sich als die Führer dieser Mehrheit an, und – solange die Mehrheit noch keine Mehrheit hat – als Sprachrohr der „schweigenden Mehrheit“. Die Wenigen geben sich als Stimme der Mehrheit aus – und zwar als deren einzige Stimme. Deswegen darf man diese Form rechter Mobilisierung Populismus nennen. Das ist der Gag: Hier wird ein Volk konstruiert und diese Konstruktion wird die einzig mögliche legitime. Diejenigen, die für dieses Volk sprechen, erheben den Alleinvertretungsanspruch dafür.

Dagegen stehen, was dummerweise mit dem gleichen Begriff bezeichnet wird, Identitätspolitikern, die Minderheiten organisieren.

**Amosinternational:** Sie hatten es eingangs ja bereits angedeutet: Die Politisierung kollektiver Identitäten dient seit den 1970er Jahren als emanzipatorisches Instrument diskriminierter Minderheiten. Können Sie kurz erläutern, wie es zu dieser Entwicklung kam? Und worin besteht der Unterschied zu „rechter Identitätspolitik“?

**Möhring-Hesse:** Minderheiten organisieren sich zwar über kollektive Identitäten, aber diese werden abgerufen, weil sie erzeugt werden durch Ausgrenzung. Diese Politikern sprechen Menschen an, von denen sie behaupten,

dass sie die gleichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen machen. Sie sprechen Menschen an, die gemeinsam davon betroffen sind, dass sie von der Mehrheitsgesellschaft „anders gemacht werden“ und auf Grund ihres Andersseins ausgeschlossen, diskriminiert und benachteiligt werden. Sie sprechen Betroffene auf Grund einer gemeinsamen Merkmalsbeschreibung an, nicht weil diese Merkmalsbeschreibung sie in ihrer Identität trägt, sondern weil sie auf Grund dieser Merkmalsbeschreibung gemeinsam von Ausgrenzung, Entwertung und fehlender Anerkennung betroffen sind. Und die Behauptung ist, dass diese gemeinsame Betroffenheit die Identität derer prägt, die sie ansprechen. Wenn man zum Beispiel sagt, Frauenbewegung oder Schwulenbewegung gingen identitätspolitisch vor, dann ist es nicht das Frausein oder Schwulsein, was in diesen Bewegungen identitätsprägend behauptet und zum Ausgang politischer Mobilisierung genommen wird, sondern die Erfahrung, ausgegrenzt und missachtet zu werden, weil man Frau ist, weil man schwul ist.


So aber werden zwei ganz unterschiedliche Formen politischer Mobilisierung unter den einen Begriff „Identitätspolitik“ gebracht, was nicht besonders plausibel ist. In der einen Form geht es um Mobilisierung gegen Ausgrenzung in einer auf Integration drängenden Politik; da werden Ausgegrenzte, Ausgeschlossene mobilisiert, um sie zugehörig zu machen, um deren volle Wertschätzung, Anerkennung, Beteiligung durchzusetzen. Und auf der anderen Seite werden über Identitätspolitikern Mehrheiten homogenisiert, um Menschen auszugrenzen. Beide sind absolut konträre Form politischer Mobilisierung, und zwar so konträr, dass ich sie nur ungern unter denselben Begriff bringen möchte. Aber das passiert, in der Literatur finden Sie das ständig.

**Amosinternational:** Würden Sie sagen, dass das Erstarken einer „Identitätspoli-

tik von rechts“ eine Reaktion ist auf diese „Identitätspolitik der Minderheiten“? Oder was ist der Antrieb dafür?

**Möhring-Hesse:** Das wird inzwischen häufig behauptet, unter anderem von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama. Dass exkludierende Identitätspolitik von rechts, also eine auf Homogenität und Ausgrenzung sich berufende Identitätspolitik einer unterstellten Mehrheit, die Antwort auf die Identitätspolitik immer kleiner, immer exotischer werdender Minderheiten ist, dass sich also eine Mehrheit gegen die Zumutungen von immer lauter werdenden, ihre Rechte durchsetzenden Minderheiten ist, das glaube ich nicht. Ich bestreite diese These, wie sie zum Beispiel in den USA zur Erklärung von Trumps Wahlerfolgen genommen wird. Zumindest für die Situation in Deutschland sehe ich das nicht. Von rechts werden identitätspolitisch diejenigen mobilisiert, die etwas zu verlieren haben oder kommende Verluste für wahrscheinlich halten. Zu verlieren haben Menschen überkommene Privilegien, Profite auf vermeintlich normale Lebensformen oder Lebensstile sowie errungene Wohlstandpositionen. So gesehen geht es hier immer zugleich um kulturelle und ökonomische Fragen, um Sinn und Bedeutung sowie um Materielles. Gegen diese Verluste mobilisiert man von rechts und hat eine restaurative Agenda, die Verteidigung dieser überkommenen Privilegien und eingenommenen Wohlstandpositionen – gegen die Aufsteiger von unten und die Begünstigten von der Seite, also die, die ihre gleichen Rechte einfordern, auch wenn sie nicht „normal“ sind, die nicht von außen kommen, sondern in der Gesellschaft aufsteigen wollen. Das sind nicht nur Migranten oder internationale Organisationen, die den Klimawandel thematisieren und damit Wohlstandsgefahren für die BRD und die Angesprochenen erzeugen, bedrohlich sind auch die Aufsteiger aus den Minderheiten, die kulturell oder sexuell an-

ders orientiert sind. Die bedrohen auch eigene Privilegien. Mag man jetzt denken: „Ah! Es geht auch um Minderheiten und die organisieren sich ja identitätspolitisch, also wehrt sich hier die Identitätspolitik von rechts gegen die Identitätspolitik von links.“ Das halte ich für nicht besonders belastbar. Was sich organisiert, sind die Leute mit bedrohten Privilegien; diese wehren sich gegen die Aufsteiger bei den Frauen oder sexuellen Minderheiten. Deren Gleichstellung ist bedrohlich. Aber

 **Rechter Mobilisierung** geht es darum, dass diejenigen, die „richtig leben“, die heterosexuell sind, die in „richtigen“ Ehen leben, ihre Privilegien verteidigen – gegen die Gleichstellung all derer, die „falsch leben“

wie sie ihre Gleichstellung erkämpft haben, ob identitätspolitisch, universalistisch oder individualistisch, ist für die rechte Mobilisierung vollkommen egal. Dort geht es darum, dass diejenigen, die „richtig leben“, die heterosexuell sind, die in „richtigen“ Ehen leben, ihre Privilegien verteidigen – gegen die Gleichstellung all derer, die „falsch leben“. Die Gleichstellung ist für rechte Identitätspolitik der Skandal – nicht die Identitätspolitiken der Minderheiten.

**Amosinternational:** Wie real ist dieses Bedrohungsszenario? Geht es dabei auch um die Angst vor sozialem Abstieg, bis hin zur Verarmung?

**Möhring-Hesse:** Die rechte Bewegung hat nichts oder wenig mit Prekarisierung zu tun. Gleichwohl geht es um Verluste, um Wertschätzung und Anerkennungsfragen. *Sinn und Geld*, das sind die beiden Währungen rechter Mobilisierung. Mir geht es darum, dass die durch den Rechtspopulismus angesprochenen Leute etwas zu verlieren haben: Anerkennung, Wertschät-

zung, was auch immer. Und dass dies eine absolut realistische Bedrohung für sie ist; dass nämlich die Art und Weise, wie sie leben, nicht mehr gegenüber anderen Lebensformen privilegiert wird bzw. nicht mehr privilegiert werden soll. Wenn wir Ehen führen, in denen diejenigen, die „falsch“ und „pervers“ leben, dennoch dieselbe Ehe führen, dann ist das für viele eine Bedrohung. Deswegen laufen sie zur „Demo für alle“, demonstrieren für die Rechte von „allen“, die so sind wie sie, und gegen die Gleichstellung all derer, die das nicht sind und deswegen auch nicht zu „allen“ gehören. Das ist die Pointe! Sie reagieren also auf reale Gleichstellung, die etwa über staatliches Recht läuft. Lebensformen werden gleichgestellt und gleichberechtigt, und das wird von denjenigen, die glauben, dass sie ein Leben führen, das besser ist, das „normal“ ist, „gesund“ ist, als Angriff auf ihre privilegierte Anerkennung empfunden.

Diese Gleichstellung kann durchaus auch monetäre Folgen haben. Dass plötzlich Leute, die „falsch leben“ Ansprüche auf Sozialtransfers und Unterstützungslösungen haben. Dass die plötzlich „Staatsknete abgreifen können“. Ein absolut realer Sachverhalt, den man als Entwertung einschätzt, nach dem Motto: „Warum kriegt der dasselbe, obwohl der doch falsch lebt?“ Wobei, es geht noch schlimmer: „Warum bekommt der Operationen bezahlt, nur weil er glaubt, dass er nicht Mann, sondern Frau ist. Und ich muss wegen meiner Bagatell-Arzneimittel zur Apotheke laufen und selber bezahlen?“

**Amosinternational:** Wie kommt man zu so einem Denken? Nur weil andere mehr Rechte haben, heißt das doch nicht automatisch, dass ich weniger Rechte habe.

**Möhring-Hesse:** Man denkt auf jeden Fall nicht egalitär. Wir leben gemeinsam in einer Gesellschaft und muten uns wechselseitig Verpflichtungen zu. Zum Teil laufen diese über den Staat,

unter anderem über den Sozial- und Steuerstaat. Ein Beispiel: Wenn ich jahrelang in eine Sozialversicherung einbezahle und werde dann mit 55 erwerbslos und das große Versprechen meiner jahrelangen Zahlung verpufft sehr schnell, nämlich nach einem Jahr. Ich lande im ALG II, also in einer basalen Fürsorgeleistung. Nachdem ich jahrelang eingezahlt habe und meinen Verpflichtungen nachgekommen bin. Dann bringe ich in Erfahrung, dass andere dieselbe Leistung erhalten, ohne jemals eingezahlt zu haben, nur weil sie nach Deutschland gekommen sind. Das darf man zumindest mal auch wahrnehmen, dass da jemand ein Privileg, das er sich erarbeitet hat, indem er über Jahre lang eingezahlt hat, verteidigen möchte. Da sehe ich eine politische Rationalität drin. Gerne würde ich versuchen, der identitätspolitischen Deutung eines solchen Protests zu begegnen, und zu sagen: Leute, es geht hier gar nicht darum, dass ihr eine Identität oder Zugehörigkeit habt, die andere nicht haben, und dass ihr auf Grund dieser Zugehörigkeit Rechte und Privilegien erworben habt. Euer Protest hat eine rationale Grundlage – und die sollte man besprechen und darüber vielleicht auch lösen können.

So kann man den Rechtspopulismus in Deutschland vielleicht besser verstehen: Menschen, die etwas zu verlieren haben, kämpfen gegen kulturelle und ökonomische Verluste. Man sollte der identitären Mobilisierung dieses Kampfes nicht zu viel Aufmerksamkeit schenken, sondern sich auf die rationalisierbaren Hintergründe dieses Kämpfens fokussieren. Dabei entdeckt man, dass diese Kämpfe nicht alle zu rechtfertigen sind, weil einige der bedrohten Privilegien ungerechtfertigt sind und sie deswegen auch nicht gehalten werden können, deswegen dem Kampf um deren Verteidigung widersprochen werden muss. Es gibt kein Privileg auf „normale“ Sexualität! Weil wir heute wissen, dass es eine „normale“ Sexualität nur als eine sehr ge-

walttätige und repressive soziale Konvention gibt. Also verteidigen wir eine solche Form von Geschlechterpolitik nicht mehr und halten die Privilegien eines vermeintlich normalen Lebensstils nicht für rechtfertigbar. Deswegen haben wir das Sozialrecht geändert und das Ehe- und Familienrecht. Den Widerstand gegen diese Änderungen rechtfertigen wird nicht; aber wir sollten verstehen, worum es diesen Leuten in der Verteidigung ihrer überkommenen Privilegien geht.

**Amosinternational:** Welche Gesellschaftsordnung schwebt Vertretern rechter Identitätspolitik vor? Welches Konzept von Staat oder Nation vertreten sie?

**Möhring-Hesse:** Kann man absolut nicht allgemein sagen. Mit den Akteuren vor Augen, mit denen wir es in der Bundesrepublik zu tun haben: Überschätzen wir mal nicht deren die konzeptionelle Kraft. Ordnungskonzepte müssen sie nicht haben und haben sie auch nicht. Es gehört ja zu den wunderbaren medialen Ereignissen des bundesdeutschen Fernsehens, das Interview mit Herrn Gauland vor einem Jahr: Ohne jede Expertise, ohne jede politische Idee, ohne jedes Konzept präsentiert sich dieser Herr. Konzeptionell muss rechte Identitätspolitik nicht stark sein. Politische Konzepte zerstören eher die Homogenisierung. Sobald man anfängt, politisch konzeptionell zu arbeiten, muss man Differenzen setzen, muss man etwa sagen: Wer soll welche Rente bekommen, wie hoch ist sie und wer zahlt die Beiträge dafür? Jede mögliche Antwort darauf bedient unterschiedliche Interessen – und trennt. So lange man nur sagt: „Die Ausländer kriegen keine Rente“, klappt das besser. Dann wissen die Inländer: „Ich kriegen Rente“ – und sind sich einig. Deswegen: Konzeptionell ist die rechte Identitätspolitik nicht stark. Zumindest in der Bundesrepublik. Von daher sehe ich nicht, welche Gesellschaftsordnung man hat. Das braucht man schlichtweg nicht.

Rechte Identitätspolitik ist stattdessen destruktiv stark. Schauen wir in die Vereinigten Staaten. Da ist die Destruktion zum wesentlichen Merkmal der Regierungspolitik geworden. Trump ist nicht wirksam darin, dass er irgendeine Ordnungsvorstellung umsetzt. Er ist in der Zerstörung erfolgreich. In seiner Destruktivität wird er von seinem politischen Lager geschätzt und findet eine immer noch hohe Unterstützung. Die lieben ihn nicht, weil er irgendetwas umsetzt, sondern weil er das, was ist, kaputt macht. Und das reicht für diese Art politischer Mobilisierung.

In der Bundesrepublik ist das ähnlich: Wir haben es mit rechter Identitätspolitik zu tun, die Verlustängste einer vermeintlichen Mehrheit abrufbar, Restaurationsideen wachruft, die sich auf eine Zeit vor unserer Zeit beziehen. So zielt man darauf, das, was jetzt ist, zu zerstören. In der Hoffnung, dadurch kommen die vermeintlichen Zeiten von früher wieder zurück. Das ist die Logik, die ich dahinter sehe, und die hat mit Gesellschaftsordnung und Konzepten für Staat oder Nation, mit Konzepten für Sozialversicherung und Sozialpolitiken, wenig zu tun.

**Amosinternational:** Doch in welchem Verhältnis stehen für Rechtspopulisten nationale Identität und Nationalstaat?

**Möhring-Hesse:** In dem sozialen Konstrukt der Nation wird dem Staat als politischem Organ etwas Vorpolitisches vorgegeben. Das ist die Grundidee der Nation; sie brauchte man im 18. Jahrhundert, um Staaten einer bestimmten Größenordnung zu schaffen. Die vorpolitische Nation war in der Regel eine stark kulturelle Idee. Sie wurde über die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte, über die Denker und Dichter, über Musik, also über kulturelle und historische Sachverhalte erzeugt. Einmal in Gang gesetzt, gibt es eine Wechselbeziehung: Der Nationalstaat bestätigt die Nation und umgekehrt. Staatszugehörigkeit wird zugleich zu einem

Hinweis auf nationale Zugehörigkeit und das, was der Staat als Kulturpolitik organisiert, ist die Bestätigung dessen, was nationale Politik ist. Dem Nationalstaat eigentlich vorgegebene Nationen werden durch den Nationalstaat reproduziert, geschaffen und realisiert. Wie viel Ethnie und wie viel Blut im Nationalstaat drin steckt, ist Aushandlungssache, ist konstruiert. Im Nationalsozialismus wurde auf dem Wege der völkischen und ethnischen Ausgrenzung eine brutale Vernichtungspolitik gegenüber vermeintlich nicht Zugehörigen betrieben. Darüber steckt im deutschen Nationalstaat viel Ethnie, viel Blut, viel Abstammung drin.

Nach meiner Beobachtung ist allerdings die Bezugnahme rechter Identitätspolitik auf die Nation nicht sonderlich stark. Man versucht, der kollektiven Identität, die man politisiert, ein wenig mehr Realität zu geben, indem man sie an das Narrativ der Nation und damit an den Nationalstaat bindet. Wenn das Nationale aber stört, ist man auch in der Lage, die Bezugnahme zurückzufahren – und dann etwa auf das „christliche Abendland“ zu verweisen.



Im deutschen Nationalstaat steckt viel Ethnie, viel Blut, viel Abstammung

politik auf die Nation nicht sonderlich stark. Man versucht, der kollektiven Identität, die man politisiert, ein wenig mehr Realität zu geben, indem man sie an das Narrativ der Nation und damit an den Nationalstaat bindet. Wenn das Nationale aber stört, ist man auch in der Lage, die Bezugnahme zurückzufahren – und dann etwa auf das „christliche Abendland“ zu verweisen.

**Amosinternational:** Bedroht Identitätspolitik unsere Demokratie, lenkt sie von sozialer Ungleichheit ab? Oder ist dies ein falscher Gegensatz? Ist mit der Betonung von Identität gleichzeitig immer die Ausgrenzung anderer verbunden, nach dem Motto „wir: hier“, „die anderen: dort drüben“?

**Möhring-Hesse:** Völkische Identitätspolitik ist die Konstruktion einer Mehrheit über die Ansprache des einen Volkes, das identitätsbildend ist für alle, die zugehörig sind. Da geht es um eine Homogenisierung und darin um die Überwindung sozialer Ungleichheiten, also: Beamte, Professoren, Vielverdiener, Facharbeiter, Erwerbslose. Wie




spreche ich die gemeinsam an und überwinde soziale Ungleichheiten? Indem ich sie als gemeinsame Zugehörige zu einem Volk anspreche! Homogenität herzustellen, das geht nur, indem man von sozialen Ungleichheiten ablenkt, mehr noch: zumindest in der politischen Mobilisierung überwindet.

Doch es gibt auch das Gegenstück: Durch identitätspolitische Mobilisierung schafft man neue soziale Ungleichheiten und Polaritäten, wie: innen und außen, Volkstreue und Volksverräter, normal und unnormal, gesund und ungesund. Schließlich kann man das eine mit dem anderen verknüpfen: Man verspricht, dass man die Ungleichheiten zwischen den Eigenen dadurch bewältigen, gar überwinden kann, dass man neue Ungleichheiten schafft. Im österreichischen Wahlkampf konnte man das bei den beiden ehemaligen Regierungsparteien beobachten. Man problematisiert bestehende soziale Ungleichheiten in dem einen Volk, indem man erklärt, warum sie bestehen: weil es nämlich die Einwanderung von außen und den Volksverrat von innen gibt.

**Amosinternational:** Die rechtspopulistische Identitätspolitik vertritt völkische und nationale Motive. Können Sie einige Beispiele nennen?

**Möhring-Hesse:** Da gibt es ganz unterschiedliche Varianten. Zum einen sind da natürlich die nationalsozialistischen frames. Dann gibt es die kulturelle Variante, wie sie Gauland vertritt. Er zitiert die großen Dichter und spricht verächtlich in zynischer Art und Weise von seinen eigenen Parteifreunden und Wählern, die zu seiner Intellektualität nicht in der Lage sind. Das ist dann die elitäre Variante des Populismus. Die Art und Weise kann so unterschiedlich sein, weil der Zusammenhang so locker ist. Es geht nicht um das Nationale, sondern um die Kollektivitätsbildung des einen Volkes. Wie sehr man dazu das Nationale braucht, das kann nach Bedarf, Ansprache, Kon-

text, variieren. Je nachdem, ob Jörg Meuthen auf dem Marktplatz von Chemnitz oder Stuttgart redet. Bei ersterem verwendet er eher nationale, beim zweiten eher religiöse Motive. Dann ist es das christliche Volk, das bedroht ist von Säkularisten, von Atheisten und vor allem vom Islam. Rechte völkische Mobilisierung und nationale Idee sind in Deutschland nicht eng miteinander verknüpft.

 **In der Bundesrepublik widersetzt man sich der Versuchung, das Christentum identitär zu organisieren**

**Amosinternational:** In einigen Ländern, zum Beispiel in Ostmitteleuropa, sind nationale und religiöse Identitäten vermischt. In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren der Ruf nach Motiven wie der Rückkehr zum „christlichen Abendland“ lauter geworden. Bildet sich ein „identitäres Christentum“ heraus?

**Möhring-Hesse:** Grundlegend kann man sagen: Wer in Europa Identitätspolitik für Mehrheiten macht, in Ausgrenzung gegenüber Minderheiten, wer homogene Völker konzipiert, der wird am Christentum nicht vorbeikommen. Und weil *das* Christentum nicht existiert, sondern konfessionell, wird derjenige auch konfessionelle Differenzen organisieren müssen. Da werden Bewegungen gerade gezwungen, sich religiös zu affirmieren, sich auf religiöse Konfrontationen zu beziehen und diese dadurch auch zu verschärfen. Das ist für Religionsgemeinschaften und religiöse Akteure eine Einladung, sich an diese homogene Volkskonstruktionen dranzuhängen und darüber ihrer Religion oder Konfession gesellschaftliche Bedeutung zu verschaffen. Wenn sich zum Beispiel die polnische Kirche als nationale Religion inszeniert, ist das auch ein Versuch, der eigenen Deutung von Katholischsein und Kirche gesellschaftliche Relevanz zu verschaffen – und dies angesichts eines

dramatischen Bedeutungsverlusts. Dies ist eine Versuchung des Christentums, sich an Identitätspolitik von rechts, an identitäre Mehrheiten dranzuhängen, um dem eigenen Religiösen Bedeutung zu verschaffen.


In der Bundesrepublik widersetzt man sich der Versuchung, das Christentum identitär zu organisieren. In den deutschen Großkirchen gibt es eine vehemente Kritik an der Rede vom christlichen Abendland, zumindest dann, wenn sie von rechten Gruppierungen benutzt wird. Man nehme zum Beispiel die harsche Reaktion Kardinal Marx' auf Markus Söder nach dessen verunglücktem Kreuzerlass. Auf der anderen Seite ist für manche Bischöfe die Versuchung groß, von einem „christlichen Europa“ zu sprechen, um sich einzureden, in Europa hohe Relevanz als wesentlicher Motor und Garant zu haben.

**Amosinternational:** Ist die Kirche nicht auch schuldig geworden, eine Identitätspolitik der Mehrheit zu vertreten und Minderheiten auszuschließen, entgegen der Botschaft Jesu?

**Möhring-Hesse:** Mobilisierung kollektiver Identitäten kann es nur in modernen Kontexten geben. Jesus kennt kein Konzept von Identität und kann deswegen kein Anti-Identitärer sein. Die Frage ist eher: Was betrifft die Kirchen? Gerade was den deutschen Kontext angeht, ist die katholische Kirche im 18. und 19. Jahrhundert antimodern unterwegs gewesen. Eine Form dieses Antimodernen war die Organisation kollektiver Identitäten. Das Katholische Milieu steht für genau dieses Angebot: Das Katholischsein eint mich mit allen anderen Katholiken, auch wenn der eine Unternehmer ist und der andere ausgebeuteter Arbeiter. Wir haben eine gemeinsame, eine katholische Identität! Dafür steht der Katholizismus bis weit in das 20. Jahrhundert. Das wirkt immer noch nach, wenn auch nur in der restaurativen Erinnerung: „Wie schön ist es früher gewesen, als ich noch in der Kirchenbank saß und




wusste, dass mein Nachbar so ist wie ich bin.“ Diese Gemeinsamkeit ist verloren. Wir sind als Christinnen und Christen gut beraten, unsere Gemeinsamkeit im christlichen Glauben nicht darin zu sehen, dass wir die gleiche oder eine gemeinsame Glaubensidentität haben. Das ist nicht einfach. Was heißt es, mit anderen gemeinsam den Glauben zu feiern, wenn der Glaube nicht darin besteht, dass wir eine gemeinsame Identität haben, wenn wir uns gegenseitig zugestehen, dass wir auch als Glaubende Autor und Autorin unserer eigenen Identität sind und wir uns aus dieser Zumutung auch in Glaubensfragen nicht entlassen können. Welche Antwort Glaubende darauf auch finden werden, in ihren Gottesdiensten können sie einen Ort haben, wo sie nicht so sehr mit sich selbst identisch sein müssen, wo sie nicht wissen müssen, wer sie sind, was sie wollen und wohin sie gehen. Liturgische Orte können Orte der Entlastung von Identitätszumutung sein, ohne dass man sich wechselseitig zu einer kollektiven Identität zwingt.

 Liturgische Orte können Orte der Entlastung von Identitätszumutung sein, ohne dass man sich wechselseitig zu einer kollektiven Identität zwingt

**Amosinternational:** Doch indem die Kirche klar definiert, wer dazugehört und wer nicht, schafft sie aber doch auch eine Politik des Ausschließens.

**Möhring-Hesse:** Ja, es ist auch ein Ausschließen, aber es *wird* eher ein Ausschließen *in der Folge*. Denn die Form milieubedingter Identitätspolitik führt zuallererst zu Diskriminierung, zu Formen der Verleugnung. Wenn ich schwuler Priester oder lesbische Pastoralreferentin bin, werde ich ja nicht ausgeschlossen. Ich kann aber ein wesentliches Moment meiner Identität in dieser Kirche nicht offen und gleich-

wertig leben. Für viele Betroffenen ist das weniger Ausschluss, sondern vielmehr gezwungene Selbstverleugnung und Missachtung. Dass sich Menschen dies heutzutage nicht mehr zumuten, sondern dann lieber die sie missachtende Kirche verlassen – das ist eine Form der Befreiung. Dadurch wird Diskriminierung zur Ausschließung. Am Ende des Tages ist die Kirche, die so ausschließt, ein kümmerlicher Haufen, ein recht erbärmlicher und überhaupt kein „heiliger Rest“.

 Am Ende des Tages ist die Kirche, die so ausschließt, ein kümmerlicher Haufen, ein recht erbärmlicher und überhaupt kein „heiliger Rest“

**Amosinternational:** Wie stehen Sie zur Forderung nach einer „Leitkultur“?

**Möhring-Hesse:** Eine Leitkultur kann man nicht fordern, die gibt es oder eben nicht. Diejenigen, die behaupten, dass es eine Leitkultur gibt, sind recht schwach darin zu sagen, worin ihre Leitkultur besteht. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass es diese Leitkultur nicht gibt. Die Rede von der Leitkultur ist auch ein Versuch, Homogenität zu erzeugen und macht vor allem in der Negation einen Sinn: Man kann sagen, was *nicht* Leitkultur ist. Zum Beispiel all das, was die „haben“, die von außen kommen. Ob es um kulturelle Fragen, Lebensstilfragen, Sinnfragen geht, weswegen die nicht dazugehören, das sei dahingestellt. Es geht vor allem um Negation, ohne dass man das, was man negiert, überhaupt begreift, oder das, was man bejaht, auch nur annähernd kennt.

Dass die Vorstellung einer Leitkultur irgendetwas dazu beiträgt, Zuwanderung und Integration zu ermöglichen, glaube ich nicht. Denn erstens wird nicht klar, welche Integrationsforderungen über die Leitkultur gestellt werden; das sind ja zumeist nur universale Standarderwartungen, die Menschen

## KURZBIOGRAPHIE

**Matthias Möhring-Hesse (\*1961)** Dr. theol., Dipl.-Soz., Professor für Theologische Ethik/Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen; Forschungsschwerpunkte: Grundlagen theologischer Gesellschaftsethik, Sozial- und Arbeitspolitik, Demokratie, Rechtspopulismus. Weiteres zur Person und zu den Veröffentlichungen unter: [www.sozialethik.uni-tuebingen.de](http://www.sozialethik.uni-tuebingen.de).

nun einmal von anderen Menschen einfordern können. Zweitens geht es häufig um Werte, die gerade nicht für alle diejenigen gelten, die selbstverständlich zur Gesellschaft gehören. Es geht zum Beispiel um die Gleichheit von Männern und Frauen und inzwischen auch von all denen, die weder Männer noch Frauen sind; und diese Gleichheit wird offenkundig von der katholischen Kirche verfehlt, was aber für diejenigen, die eine Leitkultur behaupten, überhaupt kein Problem ist.

Also entweder macht man die Leitkultur genau – und kann sie dann von Migranten einfordern, dann hat man das Problem, dass viele der Einheimischen nicht mehr dazugehören; oder man lässt die Leitkultur so weit und so offen, dass alle dazugehören, dann hat man aber nichts Substantielles, das man von Migranten einfordern könnte. Aber so viele Überlegungen verträgt die Rede von der Leitkultur gar nicht. „Leitkultur“ soll keine Klarheit schaffen; es geht um Unklarheit, weil genau auf diese Weise kollektive Homogenität hergestellt und gegen die „Fremden“ mobilisiert wird.

*Das Interview führte  
Claudia Schwarz, Dortmund*